

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 272 Anfrage Grüter Thomas und Mit. über genügend personelle Ressourcen im Bereich Wildhut im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Thomas Grüter ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Thomas Grüter: Meine Anfrage bezüglich der personellen Ressourcen im Bereich Wildhut im Kanton Luzern zeigt eine dringende Notwendigkeit für zusätzliche Mittel und Unterstützung. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort selbst mehrere Punkte aufgeführt die deutlich machen, dass die aktuellen Ressourcen nicht ausreichen, um den steigenden Herausforderungen gerecht zu werden. Aufgrund folgender Punkte bin ich der Meinung, dass vor allem die personellen Ressourcen im Bereich der kantonalen Wildhut trotz Effizienz und Priorisierung der Aufgaben nicht ausreichen und unmittelbar aufgestockt werden sollten. Erstens: Der Regierungsrat anerkennt, dass der Aufwand für das Management von potenziellen Konfliktarten wie Wolf, Biber und andere zunimmt. Es wird erwartet, dass die Bestände dieser Arten weiter zunehmen und sich weiter ausbreiten, was zusätzliche Herausforderungen mit sich bringt. Zweitens: Mit der neuen Bundesjagdgesetzgebung ab 1. Februar 2025 entstehen zusätzliche Aufgaben wie die Wildschadenverhütung und Vergütung bei Bieberschäden. Diese neuen Aufgaben erfordern zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen. Drittens: Aufgrund von Priorisierungen und Dringlichkeiten mussten bestimmte Aufgaben und Pendenzen zurückgestellt werden. Viertens: Der Regierungsrat erkennt ein Defizit bei der Präsenz auf der Fläche, insbesondere bei der Lenkung der Freizeitnutzung in sensiblen Räumen. Fünftens: Die Dringlichkeit ergibt sich aus der zunehmenden Komplexität und dem Aufwand, der mit dem Management von Wildtierbeständen und der Lenkung der Freizeitnutzung verbunden ist. Sechstens: Der Kanton St. Gallen verfügt trotz vergleichbarer Verhältnisse über deutlich mehr Ressourcen im Bereich Wildhut, einschliesslich spezialisierter Wildhüter für Dossiers wie Wolf und Biber. Dies zeigt, dass eine angemessene Ressourcenausstattung möglich und notwendig ist, um den Herausforderungen im Wildtiermanagement gerecht zu werden. Die Liste der Punkte ist nicht abschliessend. Fazit: Der Regierungsrat äussert sich vage zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel und verweist auf zukünftige Diskussionen und Abwägungen. Das deutet darauf hin, dass keine unmittelbaren Massnahmen geplant sind, obwohl der Handlungsbedarf offensichtlich ist. Es ist entscheidend, dass zeitnah zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Damit den angeführten Punkten und dem Anliegen möglichst zeitnah konkret mehr Nachdruck

verliehen wird, behält sich mein Nachfolger vor, ein Postulat aus der Mitte-Fraktion einzureichen.

Fabian Stadelmann: Die zeitlichen Ressourcen im Bereich Wildhut werden infolge der neuen Jagdverordnung ganz klar steigen, die am 1. Februar 2025 in Kraft getreten ist. Der Bund erteilt den Kantonen viel mehr Kompetenzen einschliesslich der Kosten. Das bedeutet mehr Aufwand und zusätzliche zeitliche Ressourcen. Somit wird dieser Arbeitsaufwand in Zukunft nicht mehr erledigt werden können. Ich möchte den Regierungsrat gerne auf etwas hinweisen: Der zeitliche Aufwand soll erst bestimmt werden, nachdem die Wald-Wild-Strategie in Kraft getreten und die Umsetzung der Jagdverordnung erfolgt ist. Erst dann können neue Berechnungen erstellt werden. Am meisten habe ich mich darüber gefreut, dass die Regierung gemäss ihrer Antwort möglichst viele Aufgaben an die Jägerinnen und Jäger delegieren und damit auch Kosten sparen will. Zudem dürfen wir ja auch noch 930 000 Franken Pachtzins zahlen, um dies auch wieder einmal zu erwähnen. Das alles tun wir sehr gerne, das ist auch unsere Kompetenz. Wenn unser Verband seine Arbeit nicht mehr leisten würde, müssten in der Dienststelle Landwirtschaft und Land (Lawa) 200 bis 300 Stellenprozente aufgestockt werden. Die Antwort zu Frage 2 zeigt, dass die neue Pachtvergabe der 122 Reviere für die kantonale Jagdfachstelle fast nicht zu bewältigen war. Die Stelle ist tatsächlich am Anschlag, aber wir warten sinnvollerweise die Wald-Wild-Strategie und die Umsetzung der Jagdverordnung ab um zu sehen, in welchem Mass eine Aufstockung notwendig ist. Zu Frage 3 möchte ich vom Regierungsrat folgendes wissen: Wir haben viele gute Unterlagen und Dokumente erarbeitet, beispielsweise die Strategie zur Mountainbikelenkung oder die Wald-Wild-Strategie. Beim Vollzug besteht aber ein Problem. Wir können noch so viele Papiere erstellen, aber wenn bei der Freizeitlenkung kein Vollzug stattfindet, nützen diese nichts. Der Druck in den Lebensräumen steigt durch unsere Freizeitaktivitäten extrem. Ich danke dem Regierungsrat für die gute Zusammenarbeit, für konstruktive Lösungen steht unsere Tür steht offen.

Sara Muff: Die Antwort zur personellen Situation der Wildhut zeigt, dass die Regierung das Problem zwar anerkennt, aber zu zögerlich handelt. Die aktuellen Kapazitäten reichen nur knapp und das primär durch Effizienzsteigerung und Priorisierung. Das ist eine kurzfristige Notlösung, aber sicher keine nachhaltige Strategie. Eine Aufstockung wird als nicht dringend nötig erachtet, sondern als mögliche Option für die Zukunft. Dabei ist sie längst überfällig. Ebenfalls ist die zunehmende Delegation an die Jagdgesellschaften zu erwähnen, welche aber oftmals nicht die Legitimation haben, um ein Gesetz durchzusetzen. Das zeigt ein grundlegendes Defizit auf. Die Wildhut braucht mehr personelle und finanzielle Mittel um ihren gesetzlichen Auftrag wahrzunehmen. Gleichzeitig steigt der Freizeitdruck auf die Schutzgebiete und damit auch der Bedarf an professioneller Regulierung und Präsenz. Der Vergleich mit St. Gallen zeigt, dass Luzern hinterherhinkt. Während dort spezialisierte Wildhüterinnen und -hüter für Bieberschäden und den Schutz sensibler Arten wie beispielsweise das Alpenschneehuhn eingesetzt werden, relativiert die Luzerner Regierung und spricht von strukturellen Unterschieden und es sei kein Vergleich möglich, anstatt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Eine gut ausgestattete Wildhut ist kein Luxus, sondern eine essenzielle Massnahme zum Schutz unserer heimischen Tierwelt und einer nachhaltigen Nutzung der Natur. Wer Biodiversität und ein konfliktfreies Nebeneinander von Mensch und Wildtier möchte, muss jetzt investieren und nicht erst, wenn die Schäden und Konflikte bereits eskaliert sind. Wir wünschen uns von der Regierung eine proaktivere Haltung, die sicherstellt, dass der Kanton Luzern seine Verantwortung wahrnimmt. Es reicht nicht, ein Problem zu benennen, sondern es müssen auch konkrete Massnahmen getroffen werden.

Korintha Bärtsch: Thomas Grüter nimmt mit der Wildhut ein wichtiges Thema auf, das uns auch in Zukunft noch beschäftigen wird. Der Wald ist ein Nutzungsraum für Holz, aber auch ein Lebensraum für Pflanzen, Tiere und den Menschen. Mittlerweile tauchen auch im Wald Nutzungskonflikte auf, wie auch an vielen anderen Orten, wo sich Menschen aufhalten. Im Wald werden nicht nur Pflanzen, sondern auch Tiere in ihrem Lebensraum gestört. Vor allem die besonders geschützten Arten reagieren sehr sensibel darauf. Als wäre das nicht schon genug, kann der Biber wie Menschen es im öffentlichen Raum tun Vandalismus betreiben. Dabei sprechen nur die einen von Vandalismus, die anderen nennen es Kunst im öffentlichen Raum. Wie geht man solche Nutzungskonflikte an oder mit ihnen um? Im öffentlichen Raum sprechen wir von einem Management. Wir Grüne sind überzeugt, dass es auch im Wald ein solches Management braucht. Der Wald als Freizeitort mit seinen konfliktträchtigen Arten braucht die ganze Palette von bekannten Massnahmen. Es braucht Information, Sensibilisierung und Prävention, aber auch Lenkungsmaßnahmen und nicht zuletzt polizeiliche Massnahmen als Ultima Ratio. Der Vergleich mit dem Kanton St. Gallen ist schlüssig und zeigt auf, dass der Kanton Luzern bei den Aufgaben für die Wildhut unterdotiert ist und Defizite bestehen, wie es der Regierungsrat in seiner Antwort auch ausführt. Gerade im Hinblick auf die neuen Vollzugsaufgaben – Fabian Stadelmann hat es schon erwähnt – benötigt der Kanton mehr Ressourcen. Die Schlussfolgerung der Anfrage ist klar, es braucht zusätzliche Ressourcen. Die einzige offene Frage lautet, ob der Kantonsrat ein Postulat einreichen soll oder ob der Regierungsrat diese Stellen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) beantragt.

Claudia Wicki-Huonder: Die FDP-Fraktion nimmt die Anfrage zur Kenntnis. Wir unterstützen die Antwort des Regierungsrates, finden es aber dringlich, dass die Wildpopulation beobachtet und allfälliger Handlungsbedarf erkannt wird.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Inhaltlich unterscheiden sich Ihre Voten nicht gross. Der höhere Nutzungsdruck durch das Wachstum und die damit verbundenen Nutzungskonflikte und die verschiedenen Interessen scheinen mir wesentlich zu sein. Dann kommen Tierarten wie Wolf und Biber dazu, die uns wesentlich Mehrarbeit bescheren. Vor allem ist es aber der Bund, der einige neue Aufgaben an die Kantone delegiert hat, ohne diese zu entschädigen. Es ist aber nach wie vor unsere Aufgabe zu priorisieren, so wie es Ihr Rat unserem Rat aufgetragen hat. Das tun wir jährlich mit dem AFP. Wir führen diese Diskussion jeweils im Rahmen der AFP-Debatte. Ihr Rat hat uns mehrmals gesagt, dass das Aufgaben- und Ausgabenwachstum zu hoch sei. Also muss die Regierung priorisieren, das ist die Erwartung Ihres Rates. Das müssen und werden wir auch weiterhin tun. Das heisst, dass wir Ihnen im Rahmen des AFP im Herbst wiederum einen Vorschlag unterbreiten und Sie beraten diesen und entscheiden darüber. Auch hier lautet die Frage, wie viel der Staat leisten soll und wie viel Verbände oder Private. In der Regel sagen Sie, dass der Staat eher zurückhaltend sein soll. Aber ich glaube, darüber muss immer wieder neu diskutiert werden. Im Rahmen des AFP werden wir also wieder Prioritäten setzen.